

7. Flüchtlinge und Klimawandel: 2010 – 2020

7.1 Weltpolitische Rahmenbedingungen

Zumindest in Deutschland konnte die Finanzmarkt- und Bankenkrise relativ gut abgewertet werden. Durch einen Krisenkeynesianismus, zu dem auch erneute korporatistische Elemente des Zusammenwirkens von Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern gehörte, konnte erreicht werden, dass die Wirtschaft relativ stabil blieb und die Arbeitslosigkeit sich in Grenzen hielt. Darüber hinaus: »Nicht der Sozialstaat erwies sich in der Finanzkrise als Verursacher, sondern ein nicht regulierter Finanzmarkt.«¹ Allerdings, so Otte, wurden hieraus keine wirklichen Konsequenzen gezogen, die sich auf eine Regulierung bzw. »Bändigung« des globalisierten Finanzmarktkapitalismus bezogen. Und die Finanzkrisen nahmen kein Ende. Zu Beginn des Jahrzehnts kamen insbesondere die südlichen Staaten der Eurozone, Griechenland, Spanien, Portugal und Italien sowie auch Irland in eine gravierende Staatsschuldenkrise, die sich zur »Eurokrise« auswuchs.² Zwar haben auch hier die reicheren Staaten innerhalb der EU interveniert und es wurde ein »Rettungsschirm« installiert, jedoch wurde besonders in Griechenland mit der sog. »Troika«, der Kooperation von Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission streng auf »Austeritätspolitik« gesetzt, die den betroffenen Ländern harte Ausgabenkürzungen im Sozial- und Bildungsbereichen sowie kommunaler Dienstleistungen auferlegten. Diese wurden in den betroffenen Ländern zum Teil als äußerst ehrenrühriger und Eingriff in die Souveränität wahrgenommen und führten zu nachhaltigen Zerwürfnissen innerhalb der EU. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble waren in diesem Zusammenhang die »Hassfiguren« der betroffenen Länder. Bedeutsam sind diese Krisen aus dem Grund, da sie – folgt man Adam Tooze – das Vertrauen in eine Weltwirtschaftsordnung, internationale Politik und Institutionen mithin auch der Demokratie nachhaltig erschütterten, und damit überall in Europa (nicht nur dort) dem nationalistischen Populismus Vorschub leisteten.³ Innerhalb dieser finanz- und

1 Nullmeier 2014, S. 54.

2 Vgl. Streeck 2013; Tooze 2019, S. 375; Piketty 2015.

3 Tooze 2019, S. 519. Siehe auch weiter unten.

außenpolitischen Probleme fiel fast nicht weiter auf, dass 2011 der Bundestag einen Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie gefasst hat.

In der Mitte des Jahrzehnts kamen viele Flüchtlinge nach Europa. Neben den Immigranten aus Ost-Europa sind es vor allem Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien, wo blutige Bürgerkriege stattfinden, aber auch aus anderen Ländern Nordafrikas und Vorderasiens, wo der »Arabische Frühling« zu inneren, blutigen Auseinandersetzungen geführt hat. Sie suchten in Europa Asyl bzw. eine neue Heimat. 2015 vereinbart Deutschland mit Ungarn, dass die Grenzen geöffnet werden können und in einer Sternstunde der Zivilgesellschaft empfangen Tausende von deutschen freiwilligen Helfer*innen Zehntausende von Flüchtlingen, die über das Mittelmeer oder Balkanroute nach Deutschland gelangten – angefeuert von Angela Merkel: »Wir schaffen das!« So richtig dieser Satz auch war, so viel Probleme wurden damit auch induziert. Politisch wurden dieser Satz und die dahinterstehende Politik von vielen als »Einladung« verstanden, gegen die sich vielfältiger, nationalistisch orientierter Widerstand regte. Neben der einer Euro-Feindlichkeit wurde die nun sog. »Flüchtlingskrise« einer der Ausgangspunkte, die zum Erstarken populistischer und nationalkonservativer Kräfte bis hin zu extremistischen »Flügeln« führten und sich in der neuen Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) sammelten. Nach dem Ausscheiden des eurokritischen national-liberalen Flügels driftete die AfD weiter ins extremistische Lager, bekam zweistellige Wahlergebnisse und ist nun in allen Parlamenten vertreten und stellt im Bundestag mit 94 Sitzen die größte Oppositionspartei dar. Aber nicht nur in Deutschland macht Euro-Skepsis Furore. In Großbritannien wird 2016 durch ein Referendum der Austritt aus der EU beschlossen, der am 31.12.2020 vollzogen wird.

Und es gab den Klimawandel; das Jahrzehnt galt als das heißeste der Weltgeschichte, seitdem es Wetteraufzeichnungen gibt. Der Schulstreik, den Greta Thunberg 2018 jeden Freitag in Stockholm durchführte, verbreitete sich in Windeseile auf der ganzen Welt und führte zur »Fridays-for-Future-Bewegung« in der vor allem Schüler*innen für internationalen Klimaschutz, und die Einhaltung der Klimaziele des Übereinkommens von Paris demonstrieren. Vor allem mit Unterstützung durch wissenschaftliche Expertisen, die den Ernst der Lage eindrücklich bestätigten, konnte erreicht werden, dass mit dem im Dezember 2019 verabschiedeten Klimaschutzgesetz (KSG) verbindliche Treibhausgasminderungsziele für die Jahre 2020 bis 2030 vereinbart wurden. Allerdings für »Fridays for Future« und viele andere nicht hinreichend genug.

In dieser, wie auch in anderen internationalen sozialen Bewegungen setzten sich die sich in dem Jahrzehnt die »Neuen Medien« endgültig durch. Smartphones, soziale Netzwerke mit den Diensten Facebook, Twitter, Instagram, WhatsApp etc. beschleunigten und veränderten nicht nur die Kommunikation, sondern sorgten auch für eine Veränderung des Sozialen insgesamt. Hinzu kam neben dem »Internet der Dinge« eine nach wie vor, nur durch Krisenkeynesianismus gebremste Fortentwicklung des globalisierten liberalen Finanzkapitalismus, der jedoch zunehmend in die Kritik geriet.

Mit großer Intensität werden die zunehmende gesellschaftliche Spaltung und Ungleichheit kritisiert, die sich nicht nur auf die zunehmend auseinanderklaffende Differenz von arm und reich bezieht, sondern auch auf Bildung, Teilhabe an Kultur

etc.⁴ Hierbei gelten bestimmte Gruppen, wie (alleinerziehende) Frauen, Kinder, alte Menschen als besonders gefährdet. Darüber hinaus scheint sich Armut in Familien über mehrere Generationen zu verstetigen und zu vermischen mit dem Problem der »Working Poor«, also denjenigen, die trotz einer Arbeit unterhalb der Armutsgrenze verbleiben. Konstatiert wird, dass es eine neue, internationale Dienstleistungsklasse gibt, oft bestehend aus Menschen bestimmter Länder oder Regionen, die in prekären Arbeitsverhältnissen als digitale »Crowdworker« Zuarbeiten für Internet-Dienstleister verrichten (Klick-Work) oder im Transportgewerbe, in der Gastronomie arbeiten oder auch haushaltsnahe Dienstleistungen erbringen. Ein gesellschaftlicher Aufstieg, bzw. das, was Ulrich Beck vor Jahren noch »Fahrstuhleffekt« nannte, erscheint heutzutage nicht mehr gegeben.⁵ Auf der anderen Seite ist Reichtum entstanden, der – folgt man Piketty – Ausmaße wie in den Zeiten des Hochkapitalismus im Fin de Siècle (1900) angenommen hat. Piketty weist dabei auch darauf hin, dass Vermögensreichtum heute nur noch in Ausnahmefällen durch »eigene Leistung« entsteht, sondern in erster Linie durch Heirat und/oder Erbschaften akkumuliert wird.⁶ In eine ähnliche Richtung argumentiert Sighard Neckel; er konstatiert, dass sich die deutschen Eliten seit Langem wieder aus sich selbst heraus rekrutieren und dass die soziale Mobilität stark zurückgegangen ist. Früher heiratete der Arzt die Krankenschwester, heute die Kollegin. Einkommen und Bildung ist nicht mehr eine Sache der eigenen Leistung, sondern eine Frage der Herkunft. In diesem Zusammenhang nimmt er einen Begriff von Jürgen Habermas auf und spricht von »Refeudalisierung« der Gesellschaft.⁷

Eine Reihe von Autoren sehen mit diesen Entwicklungen Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Entwicklungen kapitalistischer Staaten tangiert.⁸ Der englische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch entwirft die These der »Postdemokratie«, die auch in Deutschland popularisiert und breit diskutiert wird.⁹ Hierin beschreibt er demokratische Verfahren und Institutionen als Scheinveranstaltungen, die zur Legitimation und Unterhaltung der Bevölkerung inszeniert werden, während die »reale« Politik in den Hinterzimmern der Macht zwischen Regierungen und Eliten verhandelt wird und Entscheidungen als alternativlos und Sachzwängend folgend verkauft werden. Auch die Informationspolitik gerät zu einer Scheinveranstaltung, die, wenn sie mit ökonomischer Macht und Interessenverfolgung verbunden ist, eher der Manipulation und sozialer Kontrolle diene.¹⁰ In eine ähnliche Richtung argumentiert Wolfgang Streeck. Er sieht in der zunehmenden Ökonomisierung insbesondere der Politik nicht nur eine Zunahme »personenzentrierter« (sic!) sozialer Kontrolle,¹¹ sondern er zeichnet geradezu ein Untergangsszenario. Die Krisenpolitik der

4 Lenger und Süß 2014; Mau und Schöneck 2015; Bude und Staab 2016.

5 Groh-Samberg und Hertel 2015; Groh-Samberg 2019; Nachtwey 2016.

6 Piketty 2014.

7 Neckel 2010a, 2013, 2016.

8 Zu Fragen der Gerechtigkeit, die hier nicht weiter aber später kurz thematisiert wird vgl. auch Liebig et al. 2004; Höffe 2005; Liebig und May 2009; Nullmeier 2009, 2017; Nussbaum 2016 (1999); Traub und Kittel 2020.

9 Crouch 2017.

10 Crouch und Jakubzik 2015 Vgl. auch: Mau 2017.

11 Streeck 2015b, 2015a.

letzten Jahre ist für ihn eine »gekaufte Zeit«, ¹² eine Frist, die sich der internationale Finanzkapitalismus geschaffen hat, der jedoch an seinen inneren Widersprüchen droht zugrunde zu gehen. Er schreibt: »Alles in allem befindet sich der Kapitalismus – als Gesellschaftsordnung, die von einem Versprechen unbeschränkten kollektiven Fortschritts zusammengehalten wird – in einem kritischen Zustand. Wachstum weicht säkularer Stagnation; soweit es noch wirtschaftlichen Fortschritt gibt, kommt er einer immer geringer werdenden Anzahl von Personen und Familien zugute; und das Vertrauen in die kapitalistische Weltwirtschaft balanciert auf einem Kartenhaus von Versprechungen, deren Einlösung immer unwahrscheinlicher wird.« ¹³ Auch andere kommen hinsichtlich demokratischer Entwicklungen zu kritischen Urteilen, die vor allem mit der Entfaltung eines ungezügelter Finanzkapitalismus, der auch weltweit zunehmenden gesellschaftliche Ungleichheit sowie den damit verbundenen nationalistisch-populistischen Gegenreaktionen. ¹⁴

Die Zunahme von rechtsnationalen Bewegungen und Parteien weltweit und speziell in Deutschland werden von einer Reihe von Autor*innen in Beziehung zu den genannten Entwicklungen sowie den damit verbundenen Umwälzungen gesellschaftlicher Strukturen gesetzt. So kommen Cornelia Koppetsch und auch Andreas Reckwitz zu dem Ergebnis, dass die Entstehung des Rechtsradikalismus in Deutschland nicht in erster Linie eine Angelegenheit prekariisierter Armutsbevölkerung ist, sondern dass es sich um eine Art »horizontalen Klassenkampf« handle, der zwischen einer alten, konservativ orientierten Mittelschicht, zu der sie auch qualifizierte Facharbeiter*innen zählen, und einer neuen, kosmopolitisch, technikaffinen und hedonistisch orientierten Mittelschicht ausgefochten wird. Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzungen sind auf der einen Seite unterschiedliche Orientierungen zwischen konservativen pflicht- und familienorientierten sowie andererseits auf Diversität, »Singularisierung« ¹⁵ und Selbstverwirklichung angesiedelten Werten. Hierbei geht es in erstere Linie um gesellschaftliche »Deutungshoheit« bzw. Einfluss, den damit verbundenen Möglichkeiten der Interessendurchsetzung in der Politik sowie den Befürchtungen der »Prekariisierung« von Deutungs- und Einflussmöglichkeiten. ¹⁶ Hiermit im Zusammenhang konstatiert Cornelia Koppetsch auch Prozesse, die nicht nur in konservativen Gruppen zu verzeichnen sind, sondern innerhalb der gesamten Gesellschaft. So verzeichnet sie in vielen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus eine Zunahme der sozialen Kontrolle und Konformitätsdruck. Während auf gesellschaftlicher Ebene – zum Teil durch Rechtsänderungen und Rechtsprechung induziert – mehr Diversität oder auch »Normalität von Verschiedenheit« ermöglicht wird, finden auf der Ebene einzelner Gruppen und Milieus Prozesse einer identitären Entwicklung und sozialen Schließung statt. ¹⁷ In diesem

12 Streeck 2013.

13 Streeck 2015c, S. 120.

14 Vgl hierzu radikal: Nachtwey 2016; Dörre et al. 2017; Ketterer et al. 2019; Reckwitz 2019a Gemäßigter: Merkel 2013; Kocka und Merkel 2014.

15 Reckwitz 2017.

16 Koppetsch 2019; Reckwitz 2019a.

17 Koppetsch 2013, 2014.

Zusammenhang kommt der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer nach langer Forschungstätigkeit zu Ergebnissen, dass eine »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« insbesondere in der bürgerlichen Mitte zugenommen und einer »rohen Bürgerlichkeit« Platz gemacht hat.¹⁸

Auch andere zeichnen eher düstere Szenarien: Das geht von den epidemiologisch messbaren Konsequenzen von Ungleichheit und Exklusion bis hin zu individuellen und betrieblich induzierten Optimierungsstrategien. Von großer Popularität sind die Studien der »Glücksforscher*in« Richard G. Wilkinson und Kate E. Pickett, die im internationalen Vergleich herausgefunden haben, dass diejenigen Gesellschaften, in denen gesellschaftliche Ungleichheit sehr hoch ist, auch die Krankheitsraten inklusive psychischer Krankheiten und Suizide im Vergleich zu »gerechteren« Gesellschaften hoch sind – und zwar bei den reichen Schichten ebenso wie bei den armen Bevölkerungsschichten.¹⁹ Ergänzt werden die Studien durch andere, die sich – auch unter Berücksichtigung der Epidemiologie psychischer Krankheiten, auf einen Zusammenhang von Krankheiten und gesellschaftlicher Ungleichheit beziehen.²⁰

Nicht zuletzt die sich zunehmend beschleunigende kapitalistische Entwicklung in Verbindung mit »Singularisierung« fordern die Individuen zu immer größeren Anstrengungen, sich selbst und ihre Leistungen ständig zu optimieren. Angetrieben von immer ausgefeilteren »Technologien des Selbst«, Methoden des auf Wettbewerb und »Ranking« angelegten »Tracking« von Leistungen²¹ sowie auf »Big Data« rekurrierende Methoden der Überwachung insbesondere auch in Technologie-orientierten Arbeitsplätzen werden die Individuen in ein sich schneller drehendes Hamsterrad der ständigen Selbstoptimierung getrieben, die letztendlich kontraproduktive Wirkungen zeitigt. Hat Ehrenberg dies auf eher gesellschaftlicher Ebene beschrieben,²² so kommen nun auch Untersuchungen auf der Ebene von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen zu Ergebnissen, die Erschöpfung, »Burn-out« und damit verbunden Symptome von Angst und Depressionen als Folgen von ständig auf Optimierung angelegter Arbeitsbedingungen und Prozesse auftreten.²³ Rosa fasst die Entwicklung so zusammen: »Ständige Optimierung führt letztlich zum Selbstverlust.«²⁴

Hinsichtlich der Konstituierung des Subjektes kommen eine Reihe von sozialpsychologischen Ansätzen zu ähnlichen Einschätzungen wie Ehrenberg. So kommen z.B. Axel Honneth,²⁵ Andreas Reckwitz²⁶ oder auch andere²⁷ zur Einschätzung, dass die An-

18 Vgl. die Zusammenfassung der Untersuchungen zu den »Deutschen Zuständen« in: Heitmeyer 2018.

19 Wilkinson und Pickett 2006, 2008, 2009, 2016; Wilkinson und Marmot 2004.

20 Vgl. statt anderer: WHO 2011; Pinto-Meza et al. 2013; Wittchen et al. 2011; Jacobi et al. 2014; Jacobi et al. 2017; Lampert et al. 2013; Lampert 2018; Lampert und Schmidtke 2020.

21 Schollas 2014; Duttweiler 2016; Heyen 2018.

22 Ehrenberg 2008, 2011.

23 Vgl. hierzu: Graefe 2011, 2015, 2019 Spezieller: Neckel und Wagner 2013; Alsdorf et al. 2017; BAUA 2018.

24 Rosa 2016, S. 716.

25 Honneth 2010.

26 Reckwitz 2017, 2019a.

27 Vgl. z.B.: Fuchs et al. 2018 Hier mit psychiatrischem Bezug: Heinze und Thoma 2018.

sprüche der Gesellschaft an die Menschen zur individuellen Selbstverwirklichung unter einem ständigen Steigerungsdruck stehen, letztlich unerfüllbar sind und pathogene Auswirkungen zeitigen. Eva Illouz kommt jüngst zu einer ähnlichen Einschätzung, nämlich dass Individuen zunehmend von einer »ontologischen Ungewissheit« bedroht sind.²⁸ Angesichts einer durch Liberalisierung erweiterten Freiheit nimmt Normenlosigkeit zu. »Diese Abwesenheit einer dichten Normativität verdankt sich der Freiheit selbst und geht mit positiven Geboten wie Eigenständigkeit, Autonomie und Hedonismus einher, allesamt tonangebende Vokabulare des modernen Selbst.«²⁹ Das »Soziale«, selbst Intimbeziehungen werden zunehmend nicht mehr durch Normen, Institutionen, Symbole und Rituale geordnet und geregelt, sondern werden zunehmend von Ungewissheit beherrscht. Kommunikation und Interaktionen werden durch keinen Rahmen³⁰ mehr strukturiert und »diese Erfahrung der Ungewissheit des Rahmens (wird) durch etwas, was ich ontologische Ungewissheit nennen möchte, noch verschärft«.³¹

7.2 Sozial- und Gesundheitspolitik

Mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) von 2009 wurden für die Krankenhausversorgung Fallpauschalen entsprechend zu entwickelnder DRGs eingeführt. Folgt man Knieps und Reiners (2015), dann hat die Einführung von DRGs zu einer – durchaus erwünschten – Spezialisierung und Zentralisierung des Krankenhauswesens geführt, wobei die großen Kliniken im Vorteil waren. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Einführung von DRGs »im Prinzip erfolgreich« war, sich jedoch insbesondere für die kleinen Häuser in der Fläche nachteilig auswirkten. »Wie auch in der ambulanten Versorgung zeigt sich, dass die Vorstellung vieler Ökonomen, man könnte allein über ein leistungsgerechtes Entgeltsystem für eine angemessene Verteilung der Ressourcen sorgen, eine Illusion ist.«³² Gegen die Vorstellungen und den Widerstand vieler Fachverbände³³ wurde dennoch 2012 das »Psychiatrie-Entgeltgesetz« verabschiedet, das die Einführung eines pauschalisierten Vergütungssystems, das sog. »PEPP« bis zum Jahr 2017 vorsah. Zu diesem Zeitpunkt sollte auch die Psych-PV außer Kraft treten. Darüber hinaus wurden auch im Krankenhausbereich integrierte Behandlungsformen gem. § 64b SGB V ermöglicht sowie eine Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten auf der Grundlage regionaler Budgets. Die Regelungen zu den integrierten Behandlungsformen und Zusammenarbeit stießen auf allgemeines Wohlwollen in der Fachwelt, da sie den gemeindepsychiatrischen Konzepten entgegenkamen und die integrierten Behandlungsformen aus dem ambulanten Spektrum gem. §§ 14 ff SGB V gewissermaßen von der Klinik her ergänzten. Eine ganze Reihe neuer »Modelle« entstanden in einigen Regionen.³⁴

28 Vgl. auch: Giddens 1991, 1995.

29 Illouz 2019, S. 149.

30 Illouz bezieht sich hier auf das Konzept der Goffman'schen Rahmenanalyse Goffman 2016 (1974).

31 Illouz 2019, S. 151.

32 Knieps und Reiners 2015, S. 244.

33 ACKPA et al. 2012.

34 Schmid et al. 2013; Steinhart et al. 2014.